

Jahresauftakt: GdP ist Meinungsführerin

„Löhne rauf – sonst zahl’ ich drauf!“ – unter diesem Motto starteten Ende Februar die Tarifverhandlungen in Wiesbaden. Besonders sichtbar zeigten sich die Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft der Polizei aus ganz Hessen und machten deutlich: Die Polizei steht geschlossen hinter ihren Forderungen.

Christine Behle (ver.di) nutzte in ihrer Ansprache den Rückenwind der zurückliegenden TdL-Verhandlungen, um klarzumachen: Arbeitgeber tragen eine besondere Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten – unabhängig von Haushaltslagen. Unser GdP-Landesvorsitzender Jens Mohr brachte die Position der Polizei auf den Punkt: „Wiederholte Dankesworte wirken angesichts der realen Belastung der Beschäftigten wie bloße Rhetorik. Wer täglich Überstunden leistet, unter Personalmangel arbeitet und steigende Anforderungen bewältigt, braucht keine symbolischen Worte, sondern spürbare Verbesserungen auf dem Gehaltszettel. Wertschätzung ohne angemessene Bezahlung ist leere Symbolpolitik. Eine Entgeltsteigerung nahe der Inflationsrate gleicht lediglich Verluste aus – sie ist keine echte Verbesserung.“ Gerade bei der Polizei herrschen: massive Arbeitsverdichtungen, hohe Überstundenstände, steigende Einsatzbelastungen und zunehmende Gewalt gegen Einsatzkräfte! Moderate Abschlüsse wären unter diesen Bedingungen ein falsches Signal an die Beschäftigten. Dass Hessen nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ist, darf nicht dazu führen, dass Beschäftigte schlechtergestellt werden als in anderen Bundesländern. Die GdP warnt: Ein zu niedriger Abschluss schwächt die Wettbewerbsfähigkeit Hessens als Arbeitgeber, verstärkt Abwanderungstendenzen und erschwert die Nachwuchsgewinnung. Die Haushaltslage darf nicht als Vorwand genutzt werden – die Beschäftigten dürfen



Fotos: R. Kunze, ver.di

nicht zum Sparinstrument der Landesregierung gemacht werden. Wer den Staat handlungsfähig halten will, muss diejenigen stärken, die ihn täglich handlungsfähig machen.

Forderungen der GdP:

- deutlicher Reallohnzuwachs durch spürbare Entgelterhöhungen
- strukturelle Verbesserungen
- echte Anerkennung der besonderen Belastung der Polizei
- ein Abschluss auf Augenhöhe mit anderen Bundesländern
- zeit- und systemgerechte Übertragung auf Beamte und Versorgungsempfänger

Alles andere gefährdet Motivation, Attraktivität und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Hessen nachhaltig. Die GdP steht geschlossen hinter ihren Kolleginnen und Kollegen. Wer Sicherheit von uns verlangt, muss selbst Verantwortung übernehmen. Wer auf unseren Einsatz baut, muss Respekt und faire Rahmenbedingungen ga-

rantieren. Wir lassen uns nicht abspeisen. Wir lassen uns nicht vertrösten. Wir machen Druck – mit Argumenten, mit Zahlen, mit unserer Stimme und mit unserer Stärke. Die GdP steht geschlossen – für die Beschäftigten, für die Polizei, für ein starkes Hessen.

Vier Jahre Verantwortung: Reflexionen aus der GdP Hessen

Als ich vor vier Jahren in das Amt des Landesvorsitzenden der GdP Hessen gewählt wurde, begann eine Zeit voller Herausforderungen: Kurz zuvor hatte der russische Angriffskrieg auf die Ukraine Europa erneut einen Krieg beschert. Für mich war dies nicht nur eine Nachricht aus der Ferne, sondern eine unmittelbare Realität. Von Beginn an zeigten die Bezirksgruppe Nordhessen und die Kreisgruppe Kassel große Solidarität. In der Kirche Sankt Joseph in Kassel sortierten Freiwillige gespendete Medizin, Hygieneartikel und Kleidung für die Menschen in der Ukraine. Zahlreiche Polizeibeamtinnen und -beamte unterstützten dabei – sie regelten den Verkehr, wiesen Fahrzeuge in die Einfahrt ein und halfen beim Sortieren und Verladen der Sachspenden. Die kurzfristige Initiative zur Unterstützung kam von der GdP. Innerhalb kürzester Zeit wurde zu Spenden und Mithilfe aufgerufen. „Wenn wir helfen können, leisten wir einen kleinen Beitrag, um elendes Leid zu mildern“, so die Rückmeldung von Beteiligten. Dieses Engagement zeigt: Polizeiarbeit endet nicht mit dem Dienstschluss. Verantwortung und gesellschaftliches Handeln gehören untrennbar zu unserem Selbstverständnis – als Polizei und als Gewerkschaft.

Persönliche Reflexion: Sicherheit, Verantwortung und Wandel

Die persönliche Nähe zu solchen Einsätzen hat meinen Blick geschärft: auf die Fragilität von Sicherheit, die Bedeutung des



Rechtsstaates und auf die Verantwortung, die wir tragen. Die Welt, in der wir heute arbeiten, ist eine andere als noch vor vier Jahren. In dieses veränderte Umfeld hinein haben wir als geschäftsführender Vorstand unser Bestes gegeben – im Team, mit Sachverstand und klarer Haltung. Rückblickend weiß ich: Vorbereitung, Gespräche und Konzepte sind wichtig, aber Führung und Verantwortung erschließen sich erst im tatsächlichen Handeln. Jeder Tag war lehrreich – im Umgang miteinander innerhalb der GdP, im Austausch mit Politik und Verwaltung und vor allem im Dialog mit Kolleginnen und Kollegen, die klare Erwartungen haben und zu Recht Verlässlichkeit einfordern.

Große Aufgaben und Reformen begleiten

Die Polizei befindet sich in einem umfassenden Wandel – organisatorisch, gesellschaftlich und im täglichen Dienst. Unsere Begleitung der landesweiten Projekte P25 und S25 steht dafür beispielhaft. Seit Beginn arbeiten wir eng mit, mit klarer Haltung, Sachverstand und Nachdruck, wo Korrekturbedarf erkennbar ist. Wir fordern Transparenz über Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Zuständigkeiten und Laufbahnperspektiven. Wir stellen sicher, dass Personalräte frühzeitig eingebunden und Entscheidungen nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg getroffen werden. Unser Ziel ist, dass Reformen nicht als „Umbau von oben“ umgesetzt werden, sondern als Modernisierung mit den Beschäftigten.

Ausblick: Verantwortung fortsetzen

In diesem Monat wählen wir einen neuen geschäftsführenden Vorstand. Auch künftig wollen wir Verantwortung übernehmen, Erfahrungen teilen und die Kolleginnen und Kollegen in Bewegung begleiten. Kontinuität und ein klarer Blick für die Bedürfnisse im täglichen Dienst sind wichtiger denn je. Für heute. Für morgen. Für uns.

75 Jahre GdP Hessen – gemeinsam stark für Polizeibeschäftigte

In diesem Jahr feiern wir ein besonderes Jubiläum: 75 Jahre Gewerkschaft der Polizei in Hessen! Ein stolzes Ereignis, das uns an die Anfänge erinnert und gleichzeitig zeigt, wie stark und wirksam unsere GdP in all den Jahrzehnten



gewachsen ist. Von den Anfängen bis zur eigenständigen Stimme: Alles begann am 25. August 1951, als mutige Kolleginnen und Kollegen die GdP gründeten. Sie wollten eine demokratische, zivile Polizei aufbauen, die unabhängig von politischen und polizeilichen Hierarchien die Interessen der Beschäftigten vertritt. Erste Ziele waren unter anderem die Demokratisierung der Ausbildung, Verbesserung von Arbeitsschutz und Ausstattung sowie die Schaffung einer starken gewerkschaftlichen Vertretung – damals wie heute eine zentrale Aufgabe der GdP. In den 1950er- und 1960er-Jahren wurden Landesbezirksvorstände, Personalräte und Dienststellenvertretungen aufgebaut, um die Interessen der Polizei auf Landes- und Bundesebene einheitlich zu vertreten. Schwerpunkte waren Tarifpolitik, faire Besoldung, Arbeitsbedingungen und Mitgliederaktivierung. Die 1970er-Jahre – Initiativausschüsse und gewerkschaftlicher Kampf: Die Initiativausschüsse der frühen 1970er-Jahre markierten einen Wendepunkt. Angesichts von Personalmangel, bürokratischen Strukturen und Großveranstaltungen wie Studentendemonstrationen organisierten Kolleginnen und Kollegen Aktionen, Demonstrationen und Infostände. Kernforderungen waren: Aufstockung des Personals, Verbesserung der Ausbildung, gerechte Besoldung und die Aufnahme der GdP als 17. Säule im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). 1978 war ein historisches Jahr: Am 1. April 1978 wurde die GdP in den DGB aufgenommen – ein

entscheidender Schritt für unsere politische Schlagkraft, rechtliche Tariffähigkeit und gesellschaftliche Anerkennung.

Die GdP Hessen setzte über die Jahrzehnte zahlreiche inhaltliche Akzente:

- Personalpolitik: Aufstockung der Stellen, gerechte Beförderungsstrukturen, Reduzierung der Verdichtung in den Eingangsämtern
- Vollendung der „zweigeteilten Laufbahn“ als erstes Bundesland!
- Aus- und Fortbildung: Standardisierung der Ausbildung, Fortbildungsprogramme für Führungskräfte
- Arbeitsbedingungen: Schutzkleidung, Arbeitszeitregelungen, Gesundheitsvorsorge, Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Tarifpolitik: gleichberechtigte Besoldung zwischen Schutz- und Kriminalpolizei, regelmäßige Anpassung an Lebenshaltungskosten
- Politischer Einfluss: Dialog mit Dienstherren, Ministerien und Parlamenten, Öffentlichkeitsarbeit, Solidaritätsaktionen
- Mitgliederengagement: Motto seit 1970: „Wir haben keine Lobby, unsere Lobby sind wir selbst.“

Heute – Haltung zeigen, Zukunft machen

Nach 75 Jahren steht die GdP Hessen stark und unabhängig da. Wir nehmen weiterhin Einfluss auf Tarifpolitik, Personalentwicklung und Sicherheitspolitik – auch in einer Zeit voller Veränderungen: Digitalisierung, neue Sicherheitsanforderungen und gesellschaftliche Herausforderungen. Unser Credo bleibt unverändert: Kampfkraft, Verhandlungsgeschick, Solidarität, Transparenz und Engagement. Diese Werte haben unsere GdP über sieben Jahrzehnte stark gemacht – und sie werden uns auch in den nächsten Jahren begleiten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können stolz auf das Erreichte sein und mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Die GdP Hessen ist nicht nur eine Gewerkschaft – sie ist unsere Stimme, unser Engagement und unsere gemeinsame Kraft. Auf weitere erfolgreiche Jahre – 75 Jahre GdP Hessen, und wir machen weiter!

Jens Mohrherr, Landesvorsitzender



Tarifauftakt vor dem Innenministerium unter starker Beteiligung der GdP

Löhne rauf – sonst zahl' ich drauf ist das GdP-Motto der laufenden Tarifverhandlungen. Heute in Wiesbaden zeigten die Gewerkschaften, insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der GdP aus ganz Hessen Flagge!

Christine Behle (ver.di) als unsere Verhandlungsführerin ging in ihrer Ansprache mit dem Rückenwind der zurückliegenden TdL-Verhandlungen ins Gericht. Arbeitgeber haben eine besondere Verpflichtung ihren Beschäftigten gegenüber, unabhängig bestehender Haushaltskonstellationen.

Unser GdP-Landesvorsitzender Jens Mohrherr schlug folgenden Bogen:

„Die wiederholten Dankesworte wirkten angesichts der realen Belastung der Beschäftigten wie bloße Rhetorik.“ Wer täglich Überstunden leistet, unter Personalmangel arbeitet und steigende Anforderungen bewältigt, brauche keine symbolischen Worte, sondern spürbare Verbesserungen auf dem Gehaltszettel. Wertschätzung ohne angemessene Bezahlung sei nichts anderes als leere Symbolpolitik. Die Behauptung, die Inflation sei „bereits berücksichtigt“, verkenne die tatsächliche Lage vieler Beschäftigter. Eine Entgeltsteigerung nahe der Inflationsrate gleiche lediglich Verluste aus – sie sei keine echte Verbesserung.

Gerade bei der Polizei herrschen:

- massive Arbeitsverdichtung,
- hohe Überstundenstände,



Foto: Jochen Zeng



Foto: R. Kunze, ver.di

- steigende Einsatzbelastung sowie
- zunehmende Gewalt gegen Einsatzkräfte.

Unter diesen Bedingungen moderate Abschlüsse zu fordern, sei ein falsches Signal

an die Beschäftigten. Dass Hessen nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ist, dürfe nicht dazu führen, dass Beschäftigte schlechtergestellt werden als in anderen Bundesländern.

Die GdP warnt davor, dass ein zu niedriger Abschluss die Wettbewerbsfähigkeit Hessens als Arbeitgeber schwäche, Abwanderungstendenzen verstärke sowie Nachwuchsgewinnung zusätzlich erschwere. Die GdP kritisiert, dass die Haushaltslage als zentrales Argument vorgeschoben werde. Die Beschäftigten dürften nicht zum Sparinstrument der Landesregierung gemacht werden. Wenn der Staat handlungsfähig bleiben will, muss er zuerst diejenigen stärken, die ihn täglich handlungsfähig machen.

Fazit der GdP-Position

- deutlicher Reallohnzuwachs
- strukturelle Verbesserungen
- echte Anerkennung der besonderen Belastung der Polizei
- Abschluss auf Augenhöhe mit anderen Bundesländern

Alles andere würde die Motivation, Attraktivität und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Hessen nachhaltig gefährden!

Jens Mohrherr, Landesvorsitzender





Versteckte Gefahr oder offene Bedrohung?

Extremismus vs. kritische Infrastruktur als wachsende Herausforderung

Deutschland erlebt seit mehreren Jahren eine Phase permanenter Krisen. Die Coronapandemie war dabei kein isoliertes Ereignis, sondern ein Beschleuniger gesellschaftlicher Entwicklungen. Die Auswirkungen trafen die Bevölkerung höchst unterschiedlich: Familien stärker als Singles, ältere Menschen anders als jüngere, bestimmte Berufsgruppen existenziell, andere kaum spürbar. Homeschooling, Kontaktbeschränkungen und der Wegfall sozialer Ausgleichsräume stellten für viele Bürgerinnen und Bürger eine enorme Belastung dar – nicht nur organisatorisch, sondern auch psychisch.

Solche extremen Ausnahmesituationen wirken wie ein Brennglas. Sie verstärken soziale Spannungen, fördern Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen, den politischen Entscheidungsträgern und schaffen ein Klima, in dem Radikalisierung gedeihen kann. Dabei sind es nicht allein lautstarke Demonstrationen oder offen extremistische Gruppierungen, die Sicherheitsbehörden und insbesondere unsere Kolleginnen und Kollegen beschäftigen. Weitaus gefährlicher sind häufig jene Entwicklungen, die sich im Verborgenen vollziehen.

Eine Radikalisierung jenseits der breiten Öffentlichkeit

An offen auftretende Verschwörungstheoretiker, Reichsbürger oder ideologische Wortführer hat sich die Öffentlichkeit offensichtlich fast schon gewöhnt. Diese Akteure sind sichtbar, analysierbar und grundsätzlich beobachtbar. Unsere Staatsschutzdienst-

stellen und die Verfassungsschutzbehörden leisten hier tagtäglich intensive Arbeit. Und unter den gegebenen rechtlichen Möglichkeiten ist das wahrlich kein Kinderspiel.

Doch die eigentliche Herausforderung liegt zunehmend bei jenen Personen, die nicht offen in Erscheinung treten, sich nicht organisieren und dennoch hochgradig gefährlich sind. Radikalisierung findet heute oft isoliert statt – in digitalen Echokammern, über Messengerdienste, Foren oder soziale Netzwerke.

Ideologische Grenzen verschwimmen dabei zunehmend. Verschwörungsglauben, Staatsablehnung und Gewaltfantasien bilden eine toxische Mischung, die sich situativ mit rechten wie linken Extremismen verbinden kann.

Gerade Einzeltäter oder Kleinstgruppen ohne erkennbare Führungsstrukturen entziehen sich klassischen Beobachtungsmustern. Sie handeln spontan, emotional aufgeladen und ohne Rücksicht auf Konsequenzen – was sie daher unberechenbar und besonders gefährlich macht.

Extremismus hat viele Gesichter

Seit Jahren hören wir sie, die Schreie und die Hilferufe im Umgang mit dem Rechtsextremismus und der „Radikalisierung politischer Gruppierungen“. Politik hat sich darauf eingeschossen. Kein Tag vergeht, an dem nicht über schärfere Regulierung durch Gesetze, neue Überwachungsprozedere bis hin zu Verbotsverfahren für Vereine und Parteien gerufen wird.

Oft sind diese Schreie jedoch ein Beleg von eigener Unfähigkeit oder fehlendem politischen Willen, den Phänomenen gemeinsam zu begegnen. Alleingänge oder die Wiederholung von Forderungen, ohne Taten folgen zu lassen, helfen hier wenig.

Der Rechtsextremismus stellt in der Tat weiterhin eine erhebliche Bedrohung für den Rechtsstaat dar. Waffenfunde, paramilitärische Vorbereitungen, sogenannte „Tag-X“-Szenarien und eine zunehmende Enthemmung der Sprache sind alarmierende Zeichen.

Immer wieder zeigt sich, dass einzelne Akteure über ein erhebliches, auch verbales rechtes Gewaltpotenzial verfügen und bereit sind, dieses auch einzusetzen. Reichen die parteiideologisch geprägten Handlungsandrohungen aber aus? Gibt es mehr Gegner als Befürworter?

Linksextremismus links liegen gelassen

Über die Jahre war es aus aktuellen Anlässen der vergangenen Monate mehr als fahrlässig, andere extremistische Phänomenbereiche auszublenden. Insbesondere der linksextremistische Bereich zeigt seit Jahren eine zunehmende Bereitschaft zur Gewalt – insbesondere gegen staatliche Einrichtungen, Unternehmen, politische Gegner und Sicherheitsbehörden. Die linke



Foto: PWW-Agen.



Szene ist nie eingeschlafen und hat es taktisch klug geschafft, aus dem vermeintlich Verborgenen wieder an die Öffentlichkeit zu treten. Mit teils extremer Gewalt und ohne Rücksicht auf unsere Werte. Während rechte Täter häufig auf symbolträchtige Anschläge gegen Menschen zielen, setzt der militante Linksextremismus verstärkt auf Sabotage, Brandstiftung und gezielte Angriffe auf die kritische Infrastruktur.

Beide Formen des Extremismus verfolgen letztlich dasselbe Ziel: die Delegitimierung des Staates und die Untergrabung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Angriff auf das Nervensystem des Staates und seiner Einrichtungen

Der Anschlag auf das Berliner Stromnetz im Januar 2026 markiert in dieser Entwicklung eine neue Qualität. Er machte deutlich, wie verwundbar moderne Gesellschaften sind – und wie groß die Auswirkungen eines vergleichsweise „leisen“ Anschlags sein können. Stundenlange Stromausfälle legten ganze Stadtteile lahm, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen mussten auf Notstrom umschalten, Verkehrssysteme kamen teilweise zum Stillstand, Kommunikationsnetze waren eingeschränkt.

Solche Angriffe zielen nicht auf unmittelbare Opferzahlen, sondern auf Verunsicherung, Kontrollverlust und Vertrauensschäden. Kritische Infrastruktur ist das Nervensystem unseres Staates. Energieversorgung, Wasser, Telekommunikation, Verkehr, Gesundheitswesen und IT-Strukturen sind hochgradig vernetzt – und damit zugleich auch anfällig. Extremistische Akteure wissen das. Sabotage an Infrastruktur erfordert oft weniger logistischen Aufwand als klas-

sische Anschläge, erzeugt aber eine enorme gesellschaftliche Wirkung.

Sind wir unvorbereitet oder überfordert?

Ich erinnere mich einige Jahre zurück, als die hessische Polizei sich landesweit mit genau diesen Themen befasste. In allen Präsidien wurden selbstständige Arbeitsgruppen gegründet, die unter der Koordinierung des Landespolizeipräsidiums standen. AG Kritis, so deren Name. Viele Menschen haben sich nicht nur Gedanken gemacht, sondern kluge Konzepte erarbeitet, wie wir uns auf einen Ernstfall vorbereiten müssen und im Extremfall darauf reagieren. Was ist daraus geworden? Hatten wir einen solchen Ereignisfall noch nicht, was möglicherweise ein präventiver Erfolg wäre, und wie lange dauert der Friede an?

Unsere Kolleginnen und Kollegen sind die ersten, die im Ereignisfall gefordert sind, das hat der Sabotageakt in Berlin verdeutlicht. Aber sind sie auch bis in die Tiefe der Dienststellen auf der Straße darauf vorbereitet und wissen, was zu tun ist, ohne dass das große Chaos ausbricht?

Welchen Gefahren sind wir ausgesetzt?

Die Bedrohungslage für den Rechtsstaat ist komplex und dynamisch:

- Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur
- Hybridbedrohungen, bei denen politische Extremisten mit organisierter Kriminalität kooperieren
- Radikalisierung im digitalen Raum, oft ohne reale soziale Korrekturen
- Psychisch instabile Einzeltäter, die in Krisenlagen eskalieren

- Gezielte Angriffe auf Einsatzkräfte, um die staatliche Autorität zu untergraben
- Diese Gefahren treffen auf eine Polizei, die bereits jetzt an vielen Stellen in Hessen und auch anderen Bundesländern an ihren Belastungsgrenzen arbeitet – personell, technisch und mental. **Wie lange halten sie das aus?**

Prävention statt Reaktion – aber nicht ohne Konsequenz

Anschläge wie in Berlin zeigen: Reines Reagieren reicht nicht aus. Notwendig ist ein ganzheitlicher Sicherheitsansatz, der Prävention, Aufklärung und konsequentes Einschreiten verbindet.

Dazu gehören:

- Frühzeitige Radikalisierungsprävention, auch im digitalen Raum
- Konsequente Beobachtung aller extremistischen Bestrebungen, unabhängig von politischer Richtung
- Enger Informationsaustausch zwischen Polizei, Nachrichtendiensten und Betreibern kritischer Infrastruktur
- Gezielter Objektschutz und technische Sicherung sensibler Anlagen (extern)
- Klare gesetzliche Rahmenbedingungen und politische Rückendeckung für polizeiliches Handeln

Die Polizei ist dabei zentraler Akteur. Sie ist Frühwarnsystem, Interventionsinstanz und Garant staatlicher Handlungsfähigkeit. Diese Rolle kann sie jedoch nur erfüllen, wenn sie angemessen ausgestattet, personell verstärkt und gesellschaftlich unterstützt wird.

Sicherheit ist mit Sicherheit keine Selbstverständlichkeit

Der Schutz des Rechtsstaates ist keine Aufgabe allein der Sicherheitsbehörden. Eine demokratische Gesellschaft lebt vom Mitwirken ihrer Bürgerinnen und Bürger. Aufmerksamkeit bedeutet nicht Denunziation. Nicht jede zugespitzte Meinungsäußerung ist extremistisch. Wenn jedoch offen Gewalt legitimiert, der Staat delegitimiert oder die freiheitliche Grundordnung infrage gestellt wird, darf Schweigen keine Option sein. Die Geschichte zeigt, wie schnell demokratische Strukturen unter Druck geraten kön-



nen. Zeiten wie der „Deutsche Herbst“ dürfen sich nicht wiederholen. Zu hoch war der Preis an Menschenleben, zu tief die gesellschaftlichen Narben. Extremismus – gleich welcher Couleur – und Angriffe auf unsere Infrastruktur sind reale Gefahren. Ihnen wirksam zu begegnen erfordert Wachsamkeit, Professionalität und eine starke Polizei.

Oder anders gesagt: Der Rechtsstaat ist wehrhaft – aber nur, wenn wir ihn auch verteidigen.

Fazit: Sicherheit braucht klare Entscheidungen

Die aktuellen Entwicklungen zeigen unmissverständlich: Die Bedrohung für unseren Rechtsstaat ist real, vielfältig und dynamisch. Extremismus von rechts wie von links, zunehmende Radikalisierung im digitalen Raum sowie gezielte Angriffe auf kritische Infrastruktur stellen Staat und Gesellschaft vor Herausforderungen, die mit den Instrumenten von gestern nicht mehr zu bewältigen sind. Der Anschlag auf das Berliner Stromnetz war kein isolierter Vor-

fall, sondern ein Warnsignal. Er hat offengelegt, wie verwundbar unsere hochvernetzte Gesellschaft ist – und wie groß die Auswirkungen selbst punktueller Sabotageakte sein können.

Die Polizei steht dabei an vorderster Front. Sie ist Frühwarnsystem, Schutzmacht und Krisenmanager zugleich. Doch diese Rolle kann sie nur dann wirksam ausfüllen, wenn politische Verantwortungsträger den Worten endlich Taten folgen lassen. Sicherheit ist kein Selbstläufer und keine haushaltspolitische Verfügungsmasse. Wer den Schutz kritischer Infrastruktur, die Abwehr extremistischer Bedrohungen und die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates ernst nimmt, muss die Polizei entsprechend ausstatten.

Die GdP fordert daher vehement:

- eine nachhaltige personelle Stärkung der Polizei in allen Bereichen – insbesondere im Staatsschutz, in der Cybercrime-Bekämpfung und beim Objektschutz kritischer Infrastruktur,
- eine moderne technische Ausstattung, die den aktuellen Bedrohlagen gerecht wird,

- klare rechtliche Befugnisse und eindeutige Zuständigkeiten, damit Prävention und Intervention nicht an formalen Hürden scheitern,
- einen intensivierten Informationsaustausch zwischen Polizei, Nachrichtendiensten und Betreibern kritischer Infrastruktur sowie
- eine politische und gesellschaftliche Rückendeckung.

Ebenso notwendig ist eine offene, ehrliche gesellschaftliche Debatte. Extremismus darf nicht relativiert oder selektiv betrachtet werden. Gewalt gegen den Staat, gegen Einsatzkräfte oder gegen die Grundlagen unseres Zusammenlebens ist in keiner Form akzeptabel – unabhängig davon, aus welchem politischen Spektrum sie stammt.

Wir brauchen eine starke Polizei, klare politische Entscheidungen und eine Gesellschaft, die Sicherheit nicht erst dann einfordert, wenn sie bereits verloren zu gehen droht. **Die Zeit des Abwartens ist vorbei. Jetzt ist Handeln gefragt.**

Peter Wittig

AG Wachpolizei: Neuausrichtung bringt Klarheit – GdP fordert Planungssicherheit und Beteiligung

Die Arbeit der AG Wachpolizei in Hessen ist abgeschlossen. Offiziell verfolgt die Neuausrichtung das Ziel, Aufgaben klarer zu definieren, Kernbereiche zu stärken und die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten (PVB) nachhaltig zu entlasten. Besonders der Objektschutz wird künftig als zentrale Kernaufgabe priorisiert. Strukturell erfolgt dies über drei Gruppen: Kernaufgaben, Sonderaufgaben nach Einzelfallprüfung und temporäre Sonderaufgaben bei besonderen Erlasslagen.

Für viele Beschäftigte bedeutet diese Schwerpunktsetzung jedoch weniger Aufgabenvielfalt, größere Unsicherheit bei Umsetzungen und potenziell eingeschränkte Entwicklungsmöglichkeiten. Flexibilität für die Organisation ist vorgesehen, konkrete



Kriterien für „sozialverträgliche“ Umsetzungen fehlen bislang. Auch die angekündigten Verbesserungen bei Schichtdienst, Fortbildung und Attraktivität sind derzeit überwiegend Prüfaufträge ohne verbindliche Zeitpläne oder konkrete Umsetzung.

Die Gewerkschaft der Polizei betont: Die Wachpolizei ist ein zentraler Bestandteil der hessischen Sicherheitsarchitektur. Ihre Professionalität, Zuverlässigkeit und Flexibilität werden anerkannt – doch Anerkennung muss sich auch strukturell und in Perspektiven widerspiegeln. Die GdP fordert daher:

- echte Planungssicherheit für die Beschäftigten,
- transparente Kriterien bei Umsetzungen zwischen Aufgabenbereichen,

- verbindliche Verbesserungen bei Schichtdienst und Fortbildung sowie
- eine Beteiligung, die tatsächlichen Einfluss ermöglicht.

„Die Neuausrichtung kann das Profil der Wachpolizei schärfen und strategische Steuerbarkeit schaffen“, erklärt der Landesfachausschuss Wachpolizei der GdP. „Gleichzeitig darf sie nicht zu einer funktionalen Verengung führen, die Motivation, Entwicklung und Perspektiven der Beschäftigten gefährdet.“

Die GdP wird die Umsetzung kritisch begleiten, um sicherzustellen, dass die Neuausrichtung nicht nur organisatorische Klarheit schafft, sondern auch die Arbeitsbedingungen nachhaltig verbessert. Nur so bleibt die Wachpolizei ein leistungsfähiger, attraktiver und motivierter Bestandteil der hessischen Sicherheitsarchitektur.

Jens Mohrher, Landesvorsitzender

STAATSIMPF IMMUN® – die Hochleistungsimpfung



Die Fortentwicklung von POLIZEI FORTE® als vorbeugende Schutzimpfung

In einer der vergangenen Ausgaben der DP haben wir euch eine Medikation speziell für Polizistinnen und Polizisten vorgestellt – Polizei Forte®. Nun haben wir mit wissenschaftlicher Unterstützung eine Impfung entwickelt, die eine Breitbandwirkung erzielt, ohne auf die tägliche Einnahme von Tabletten zurückgreifen zu müssen. Das neue Serum STAATSIMPF IMMUN® wurde entwickelt, um polizeiliche Anforderungen mit maximaler Effizienz, minimaler Reibung und vollständiger psychophysiologischer Selbstaufgabe zu erfüllen.

Beipackzettel für die Impfung mit STAATSIMPF IMMUN®

Bitte lesen Sie diese Packungsbeilage aufmerksam durch. Sie enthält wichtige Informationen für Ihre innere Haltung. Diese Impfung wurde entwickelt, um moderne polizeiliche Anforderungen mit maximaler Effizienz, minimaler Reibung und vollständiger psychophysiologischer Selbstaufgabe zu erfüllen.

1. Was ist STAATSIMPF IMMUN® und wofür wird es angewendet?

STAATSIMPF IMMUN® ist eine präventive Hochleistungsimpfung zur vollständigen Vorbereitung auf jede denkbare Konfliktsituation im Dienst. Effekte verlieren ihre Wirkung nach Dienstende. Sie dient der:

- absoluten Deeskalation durch Sprache,
- dauerhaften Stressneutralisation,
- Unterdrückung körperlicher Grundbedürfnisse,
- Optimierung hierarchischer Konfliktbewältigung sowie der
- Sicherstellung maximaler Einsatzzeiten bei gleichzeitiger innerer Ruhe.

2. Wie wirkt STAATSIMPF IMMUN®

Unmittelbar nach der Injektion tritt ein permanenter Entspannungsmodus ein – unabhängig von äußeren Gewalteinwirkungen, Beleidigungen, Bedrohungen oder strukturellen Überforderungen.

Der Geimpfte:

- bleibt ruhig bei Messerangriffen,
- lächelt bei Massenschlägereien,
- spricht so überzeugend, dass selbst schwerst gewaltbereite Personen innerlich kapitulieren, und
- überzeugt selbst akademisch gebildete Personen durch sein umfangreiches Fachwissen und Expertise.

Physische Gewalt wird überflüssig, da jedes Gegenüber sprachlich vollständig kontrollierbar ist. Widerstand ist theoretisch möglich, praktisch jedoch aussichtslos. Das polizeiliche Gegenüber ist völlig überfordert mit der Tiefe der Entspannung des Polizisten oder der Polizistin.

3. Wer darf STAATSIMPF IMMUN® erhalten?

- Polizeibeamte aller Laufbahnen; vorrangig jedoch bei Dienst auf der Straße. Bürobedienstete in 2. Impfwelle.
 - Polizeianwärter ab dem ersten Realitätschock im Praktikum.
 - Führungskräfte – (Serum jedoch nur eingeschränkt wirksam, siehe Abschnitt 6).
- Nicht geeignet für Personen mit:
- ausgeprägtem Gerechtigkeitsinn
 - politischem Bewusstsein
 - Restzweifeln am System

4. Anwendung und Dosierung

Einmalige Injektion, lebenslang wirksam. Auffrischung optional bei aufkom-

mender Menschlichkeit. Verabreichung ausschließlich durch den Polizeiarzt, der nicht weiter nachfragt. Eine Kostenübernahme erfolgt nicht durch den Dienstherrn. Krankenkassen warten die Feldstudien bei der Polizei ab. Die Beihilfe lehnt komplett die Beteiligung ab, denn „die innere Stabilität gilt als persönliche Verantwortung“.

5. Besondere Vorteile der Impfung

Nach der erfolgreichen Immunisierung durch den Impfstoff gilt:

- 18-Stunden-Schichten ohne Leistungseinbruch
- kein Hunger, kein Durst, keine Pausen erforderlich
- Schlaf wird optional
- Körper verbleibt in Ruhemodus bei voller Einsatzfähigkeit
- ein Burn-out wird medizinisch ausgeschlossen (statistisch undefiniert)

6. Konflikte mit Vorgesetzten

Dank STAATSIMPF IMMUN® wird Kritik nach oben ruhig und unwiderlegbar. Der hierarchische Druck wird wirkungslos, dienstliche Auseinandersetzungen zu einer lösbaren Gesprächssituation. Wichtig: Ist nur der Untergebene geimpft, hat er immer die Oberhand. Ist auch der Vorgesetzte geimpft, entscheidet eine Folgegabe von Tabletten (DEESKALINUM Tabs® noch in Entwicklung).

7. Wechselwirkungen

- Mit ungeimpften Kollegen: vollständige Kontrolle
- Mit ungeimpfter Bevölkerung: maximale Wirkung
- Mit Realität: keine bekannten Wechselwirkungen
- Mit demokratischem Diskurs: Wirkung wird aufgehoben (selten)

8. Nebenwirkungen

Sehr häufig:

- Übermenschliche Ruhe
- Verlust natürlicher Erschöpfung
- Dauerhaft freundlicher Tonfall

Häufig:

- Entfremdung vom eigenen Körper
- Überlegenheit gegenüber ungeimpften Kollegen
- Unerschütterliche Dienstfähigkeit

Gelegentlich:

- Leichte Sinnentleerung
- Gefühl, eher Funktion als Mensch zu sein

9. Warnhinweis

Diese Impfung ersetzt Personalaufstockung, Arbeitszeitbegrenzung, Supervision und gesellschaftliche Ursachenbekämpfung. Sie ist vorläufig, alternativlos und politisch gewollt. Hersteller: Staatliche Fürsorge und Verantwortungs GmbH.

Peter Wittig

Ausblick: Landesdelegiertentag in Marburg, 21. bis 24. April 2026

Der Landesdelegiertentag 2026 der Gewerkschaft der Polizei Hessen in Marburg wird erneut DAS zentrale Ereignis für die gewerkschaftspolitische Ausrichtung der kommenden Jahre sein.

Wie zuletzt 2022 kommen zahlreiche Delegierte aus ganz Hessen zusammen, um richtungsweisende Beschlüsse zu fassen, die Wahl des Landesvorstands durchzuführen und die strategischen Schwerpunkte der GdP festzulegen. Im Mittelpunkt stehen zentrale Themen wie Arbeitsbelastung, Personalausstattung, Besoldung sowie aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen für die Polizei.

Der öffentliche Teil ist wieder hochkarätig besetzt – mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Polizei und Gesellschaft. Grußworte, Diskussionen und ein intensiver Austausch prägen den Delegiertentag und unterstreichen die Bedeutung der GdP als starke Stimme der Polizeibeschäftigten.

Foto: Kurt F. Domnik/pixelio.de



Ebenso gehören Ehrungen verdienter Mitglieder, Antragsberatungen sowie ein kollegialer und solidarischer Austausch fest zum Ablauf der Veranstaltung – getragen von einem gemeinsamen Ziel: die Interessen der Kolleginnen und Kollegen nachhaltig zu stärken.

Ausblick

Der Landesdelegiertentag 2026 in Marburg setzt erneut ein starkes Signal für Zusammenhalt, Engagement und gewerkschaftliche Zukunftsarbeit.

Markus Hüschentbett

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentbett (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden